

# Abchasien orientiert sich auch nach den Wahlen an Russland

International so gut wie nur von Moskau anerkannt, wird sich an der Außenpolitik der von Georgien abtrünnigen Republik Abchasien nichts ändern. Neu ist bloß der Name des „Präsidenten“: Raul Chadschimba.

André Ballin aus Suchumi

Lange mussten Raul Chadschimbas Anhänger in der Nacht vor dem Wahlstab des Oppositionskandidaten am Hafen von Suchumi ausharren. Ein Film über die Heldentaten des inzwischen verstorbenen ersten abchasischen „Präsidenten“ Wladislaw Adsinsba im Bürgerkrieg gegen Georgien sollte offenbar die patriotische Stimmung heben; doch die Nervosität stieg, je länger Nachrichten über den Wahlverlauf auf sich warten ließen. Erst nach Mitternacht machten Gerüchte über den Sieg Chadschimbas die Runde. Die Freude der Anhänger entlud sich in einem hupenden Autokorso, aber es blieb sonst friedlich.

Am Montag bestätigte die Wahlkommission das vorläufige Endergebnis: Gut 50.000 Stimmen (50,6 Prozent), seien auf Chadschimba entfallen, erklärte Wahlleiter Batal Tabagua. Sein Herausforderer, Geheimdienstchef Aslan Bschanija, erhielt 35,9 Prozent. Damit entfällt eine Stichwahl.

„Gestern ist die Duma-Delegation zu-

sammen mit Experten und Mitgliedern des Föderationsrats fast alle Kreise Abchasiens, auch jene in den Bergen, abgefahren. Wir haben keine großen Beanstandungen hinsichtlich der Durchführung der Wahl und der Arbeit der Wahlkommissionen“, sagte der Leiter des Duma-Komitees für GUS-Angelegenheiten, Leonid Sluzki. Der vom Westen wegen seiner Haltung bezüglich der Ukraine mit Sanktionen belegte Politiker leitete die russische Wahlbeobachtermission in der von Moskau finanziell abhängigen Schwarzmeerregion.

Aus insgesamt 20 Ländern seien Beobachter angereist, vermeldete Suchumi stolz – doch zu meist handelte es sich um Delegationen der ebenfalls international nicht als Staaten anerkannten Regionen Südossetien, Transnistrien, Berg-Karabach oder der vor wenigen Monaten aus der Taufe gehobenen „Donezker Volksrepublik“. Das Wohl dieser „Republiken“ hängt wie jenes Abchasiens vom Segen des Kreml ab.

## Moskaus Einfluss steigt

Mit Chadschimba wird sich Moskaus Einfluss in Suchumi nur verstärken. Für den 56-Jährigen ist es der erste Sieg im vierten Anlauf. Der vom Schlosser erst zum Juristen und später zum KGB-Agenten umgeschulte Politiker verdankt seine Karriere dem abchasisch-georgischen Bürgerkrieg, wo er als Leiter der Militäraufklärungsdienste. Unter Adsinsba stieg er anschließend zum Geheimdienstchef der von Georgien abgefallenen „Republik“ Abchasien, später sogar zum „Premier“

**SCHWERPUNKT**  
Russlands Einfluss bei Nachbarn



Ein westlichen Kriterien entsprechendes Wählerverzeichnis existiert in Abchasien nicht, daher wurden die Finger jener, die am Sonntag zur Wahl gingen, mit Filzstiften „entwertet“. Foto: EPA / Yevgeny Reutov

auf. Doch Adsinsbas Nachfolge konnte er 2004 trotz massiver Unterstützung seines Protegés und Moskaus nicht antreten.

Diese Wahl prägte Chadschimbas Image als Kremlkandidat. Vor der Abstimmung machten Duma-Abgeordnete und russische Künstler Werbung für ihn, Russlands Präsident Wladimir Putin ließ mit einer Audienz für Chadschimba keinen Zweifel daran, wen der Kreml auf dem Chefposten sehen wollte. Als Chadschimba trotzdem überraschend gegen den Unternehmer Sergej Bagapsch verlor, wurde dies zum Auslöser einer monatelangen Krise, die von Russland mit einem Embargo für Abchasiens Hauptexportgut Mandarinen verschärft wurde. Am Ende setzte sich Bagapsch durch, während Chadschimba als Ausgleich den Posten des „Vizepräsidenten“ erhielt.

Die offensichtliche Pleite nahm sich Moskau zu Herzen. Bei spä-

teren Abstimmungen mischte sich Russland nicht mehr so offen in die Wahlen ein. Chadschimba aber kassierte sowohl 2009 (erneut gegen Bagapsch) als auch 2011 (nach Bagapschs Tod) gegen dessen Wegbegleiter Alexander Ankwab deutliche Niederlagen.

Erst nachdem Ankwab über die Passvergabe an die georgischen Mingreliner im Grenzgebiet Galistolperte, ergab sich Chadschimbas Chance. Seine Anhänger stürmten den Präsidentenpalast. Unter Moskaus Regie wurden Neuwahlen vereinbart.

## Vertiefte Beziehungen

Eine Neuausrichtung der Außenpolitik werde es jetzt aber nicht geben, versicherte Abchasiens Außenminister Wjatschlaw Tschirikba. „Unser traditioneller Kurs besteht in einer Vertiefung der Beziehungen zu Russland und der Suche nach einer Anerkennung durch weitere Staa-

ten“, so Tschirikba zum STANDARD. Eine Integration nach Georgien stand ohnehin bei keinem Kandidaten auf der Agenda.

Interessant dürfte Abchasiens Kurs bezüglich der Ostukraine sein. Derzeit habe man keine offiziellen Kontakte zur dortigen Führung, betonte Tschirikba. Chadschimba hat schon versprochen, die Anerkennung der dortigen „Volksrepubliken“ zu erwägen, wenn eine solche Anfrage kommt.

Die größten Umwälzungen gibt es jedoch innenpolitisch: Der Umbau des streng hierarchischen Präsidialsystems in ein semipräsidiales Regierungssystem soll dem Land mehr Demokratie und weniger Korruption beschieren. Die Gesundung der Wirtschaft soll die finanzielle Abhängigkeit von Russland (derzeit bestehen zwei Drittel des Etats aus russischen Zuwendungen) mindern. Auf dessen Partnerschaft bleibt Abchasien aber angewiesen.

## Ukraine wirft Russland Grenzverletzung durch Soldaten vor

**Kiew/Moskau** – Die ukrainische Regierung wirft Russland die Eröffnung einer neuen Front in der Ostukraine vor. Als Rebellen verkleidete russische Kräfte hätten mit zehn Panzern und zwei gepanzerten Mannschaftswagen im Südosten die Grenze überschritten, erklärte am Montag ein Sprecher der ukrainischen Streitkräfte in Kiew.

Nach Angaben regierungsnaher Milizen drangen Dutzende weitere Panzerwagen über die Grenze vor. Die Kolonne bestehe aus rund 50 Fahrzeugen, sagte ein Milizkommandant. Sie hätten die Grenze nahe der Stadt Nowoasowsk überquert, die meisten seien auf dem Weg in den Ort Mariupol.

Nach Angaben der ukrainischen Streitkräfte kam es nahe Nowoasowsk zu Gefechten mit Regierungstruppen. Grenzschilder hätten die Kolonne kurz vor der Stadt aufgehalten.

Am Tag vor einem Treffen zwischen den Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Petro Poroschenko, in Minsk äußerte Moskau die Absicht, einen weiteren Hilfskonvoi in die Ostukraine schicken zu wollen. Außenminister Sergej Lawrow teilte am Montag mit, die russische Regierung habe Kiew bereits über das Vorhaben informiert.

Moskau hatte am Freitag einen Hilfskonvoi ohne ukrainische Zollgenehmigung nach Luhansk geschickt. Am Samstag kehrte dieser nach Russland zurück. (red)



## „Die EU hat Putin komplett unterschätzt“

Dass Moskau wegen der Ukraine einen Krieg riskieren würde, damit hat die Union nicht gerechnet, meint Sicherheitsexperte **Christian Nünlist**. Kompromisslinien zeichnen sich derzeit nicht ab. **Andreas Schnauder** fragte nach.

STANDARD: Die Fronten in der Ukraine sind verhärtet. Wo sehen Sie Kompromisslinien zwischen Moskau und Kiew?

**Nünlist:** Zurzeit zeichnet sich keine politische Lösung ab, die beiden Seiten einen gesichtswahrenden Ausweg erlaubt. Kiew und der Westen beharren auf der Rückgabe der Krim und der territorialen Integrität der Ukraine; Russland möchte eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine verhindern.

STANDARD: Die Vorgangsweise der EU in Kiew ist umstritten. Hat Brüssel die Situation angeheizt?

**Nünlist:** Die EU hat auf jeden Fall 2013 komplett unterschätzt, wie wichtig die Ukraine für Putins geostrategische Vision eines von Russland dominierten Eurasiens ist: so wichtig, dass er dafür einen Krieg riskiert, wozu der Westen nicht bereit ist. Längerfristig dürfte Putin mit seinem Vorgehen zwar die Krim gewonnen, aber den Westen der Ukraine verloren haben – womöglich sogar den Osten. Denn Ende Mai stimmten ja auch die Ostukrainer mehrheitlich für den proeuropäischen Präsidenten Petro Poroschenko.

STANDARD: Wie könnte eine Lösung im Gasstreit aussehen?

**Nünlist:** Die Streitpunkte Gaspreis, ausstehende Schulden seit April und die ukrainische Infrastruktur auf der Krim erschweren eine Einigung. Russland sitzt am längeren Hebel und kann für einen kurzfristigen Deal zuwarten, bis der Winter näherkommt. Trotz Gaslieferungen aus der Slowakei ab September fehlen der Ukraine bis Ende des Jahres rund vier bis sieben Milliarden Kubikmeter Gas. Die EU könnte der Ukraine helfen, ihre Gasschulden von 1,95 Milliarden Dollar zu begleichen, aber Moskau wird den Energiehebel nur ungern aus der Hand geben. Der langfristige Gaspreis könnte theoretisch mit Kompensationen für den Verlust der Krim unter dem Titel Land für Gas verrechnet werden, aber aufgrund der heiklen Statusfrage der Krim scheint das nicht realistisch.

STANDARD: Die Schweiz hat den OSZE-Vorsitz inne. Mit welchen Akzenten der Organisation rechnen Sie im Ukraine-Konflikt?

**Nünlist:** Dank Beobachter-, Militärtransparenz-, Wahlbeobachtungs-

sowie Grenzbeobachtungsmissionen erwies sich die OSZE als einzige nützliche Sicherheitsorganisation. Im Moment scheint jedoch keine politische Lösung möglich. Die OSZE wird später dank der guten Kontakte vor Ort sicher wieder eine Rolle spielen.

STANDARD: Die Schweiz wurde für ihre Haltung kritisiert, da Sanktionen der EU und USA umgangen werden können. Wie sehen Sie das?

**Nünlist:** Die Schweiz trägt de facto die meisten westlichen Sanktionen mit, da sie Umgehungsgeschäfte vermeiden will. Einen ähnlichen Kurs fuhr die Schweiz auch lange im Streit um das iranische Atomprogramm, bei dem sie aus Rücksichtnahme auf ihre guten Dienste für die USA und Iran die westlichen Sanktionen zunächst nicht übernahm.

STANDARD: Der Vorwurf lautet, dass sich die Schweiz aus wirtschaftlichen Interessen, insbesondere im Sinne der Banken, zurückhält.

**Nünlist:** Ich glaube nicht, dass die Schweiz Milch- oder Gemüseexporte ankurbeln will, das Niveau ist dafür zu bescheiden. Kriegsmaterialausfuhren hat die Schweiz gestoppt.

Die internationalen tätigen Schweizer Banken können es sich gar nicht leisten, EU- oder US-Sanktionen zu missachten. Der Rückgang der Ausfuhren nach Russland um 17 Prozent im zweiten Quartal dieses Jahres zeigt, dass Schweizer Unternehmen keinen Nutzen aus der Situation schlagen.

**CHRISTIAN NÜNLIST** (42), Sicherheitsexperte am Center for Security Studies an der ETH Zürich, studierte Geschichte, internationale Beziehungen und Recht.

Europäisches Forum  
**ALPBACH**  
Die politischen Gespräche



Das ukrainische Militär zeigte in Slawjansk (Ostukraine) Präsenz beim Unabhängigkeitstag am Sonntag.

Fotos: EPA / Roman Pilipey, privat